



SPD Fraktion im Rat der Stadt Soest · Ulricherstraße 26-28 · 59494 Soest

Herrn Bürgermeister
Dr. Eckhard Ruthemeyer
Rathaus
59494 Soest

c/c Herrn Stadtbaurat Matthias Abel

**Änderungsantrag zur Beschlussvorlage der Ratssitzung am 10.07.2019 –
„Klimanotstand“:**

Soest, 09.07.2019

Sehr geehrter Herr Dr. Ruthemeyer,

die SPD-Fraktion bittet im Nachgang zur Sitzung des Ältestenrates von heute um Beratung und Entscheidung im Rat über folgenden Änderungsantrag (**in rot = Änderungen zum dem AUNK vorgelegten Änderungsantrag; in grün = Änderung zur ÄRatssitzung**).

Ausgehend von einer größtmöglichen Beachtung des vorliegenden Bürgerantrages von Frau Anna Maria Schürmann möge der Rat beschließen:

A. Der Rat der Stadt Soest stellt fest, dass der globale Klimanotstand auch unsere Stadt erreicht hat und unterstützt daher den Bürgerantrag „Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands unterstützen“ wie er in der Begründung niedergelegt ist und **erklärt für die Stadt Soest den Klimanotstand**.

B. Der Rat der Stadt Soest erkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als **Aufgabe von herausragender Priorität** an.

H. Daher bekennt sich der Rat ausdrücklich zum von der Bundesregierung unterschriebenen **Pariser Klimaschutzabkommen** und stellt fest, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

C. Die Stadt Soest wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit **bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen**, jene Entscheidungen prioritär behandeln, welchen den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen. Der EEA-Prozess und das



SPD Fraktion im Rat der Stadt Soest · Ulricherstraße 26-28 · 59494 Soest

bisherige Klimaanpassungskonzept sind Grundlage für weitere, darüberhinausgehende Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzes.

D. Die Stadt Soest orientiert sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (**IPCC**), insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.

F. Der Rat der Stadt Soest **fordert die Bundesregierung und die Landesregierung in einer Resolution auf**, ihre Anstrengungen in allen Sektoren deutlich stärker am Klimaschutz zu orientieren, um der globalen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland gerecht zu werden.

E. Die Stadt Soest fordert daher von der Bundesregierung die **zügige Einführung eines Klimaschutzgesetzes**, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz hat sicherzustellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und dass das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland spätestens bis 2050 vollständig erreicht wird.

G. ./. **stattdessen:** Der Rat der Stadt Soest beauftragt die Verwaltung, **in jeder Beschlussvorlage bei anstehenden Maßnahmen und Projekten unter „Auswirkungen“ zu formulieren**, welche Auswirkungen an CO₂-Emissionen entstehen sowie welche Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgas-Emissionen vorgesehen sind.

I. Der Rat der Stadt Soest **unterstützt ausdrücklich das Engagement der Bürgerinnen und Bürger** aller Generationen, die sich in der Region für den Klimaschutz einsetzen; der Rat solidarisiert sich hiermit und strebt eine kooperative Zielverfolgung im Sinne des Klimaschutzes an.

J. (entfällt hier)

Begründung:

Trotz weltweiter Bemühungen über Jahrzehnte, den Ausstoß von Klimagasen zu reduzieren, nimmt deren Konzentration Jahr um Jahr zu. Alle Maßnahmen, dem Klimawandel entgegen zu wirken, haben bisher keinen Erfolg gezeigt. Die Wissenschaft prognostiziert verheerende Folgen für die menschliche Zivilisation und die Natur auf dem Planeten Erde.



SPD Fraktion im Rat der Stadt Soest · Ulricherstraße 26-28 · 59494 Soest

Es ist dringend erforderlich, jetzt auf allen Ebenen von Gesellschaft und Politik zu effizienten und konsequenten Maßnahmen zu greifen, um die Katastrophe noch aufzuhalten. Weltweit haben Kommunen wie Los Angeles, Vancouver, London und Basel den Klimanotstand ausgerufen und damit ein Signal gesetzt:

Es ist Zeit zu handeln!

Die neue Gliederung A - J orientiert sich an der allen Ratsmitgliedern am 07.07.2019 zur Verfügung gestellten Synopse der vier vorliegenden Anträge.

Zur inhaltlichen Orientierung hier der Bürgerantrag von Frau Anna-Maria Schürmann:

Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency («Klimanotstand»)

Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung

mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Bereits 1,5 °C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Auch in Nordrhein-Westfalen wird der Klimawandel zu spüren sein, so werden zum Beispiel Landwirtschaft und Stadtklima von den Folgen direkt betroffen sein.

Der Klimawandel ist also nicht bloß ein Klimaproblem: Er ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Tierschutz- und Friedensproblem.

Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems alleine durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene griffige Maßnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen.

Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je schnell zu handeln!

Die Stadt Soest erklärt den Climate Emergency und anerkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität:



SPD Fraktion im Rat der Stadt Soest · Ulricherstraße 26-28 · 59494 Soest

Die Stadt Soest wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und wenn immer möglich jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.

Die Stadt Soest orientiert sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergouvernemental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen. Die Stadt Soest fordert von der Bundesregierung die Einführung eines Klimaschutzgesetzes, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz hat sicherzustellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und dass das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland spätestens bis 2050 vollständig erreicht wird.

Die Stadt Soest fordert, dass die Bundesregierung und die Landesregierung umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informieren.

Sandra Wulf, Benno Wollny, für die SPD-Fraktion